

Katalog

Universitäts- und Landesbibliothek Münster

Gegenwartskunde

Leverkusen, 3.1954 - 50.2001

Politische Urteilsbildung als Ziel und Inhalt des Politikunterrichts.

Weinbrenner, Peter

Seiten 181 bis 194

Praxisbezogene Studien (Vorbereitung) in Sozialwissenschaften und Wirtschaftslehre/Politik SS 2020, Karsten Huneke (316076)

Karsten Huneke

Auftragsnummer: 364688

Bitte beachten Sie: Diese elektronische Kopie wird Ihnen nach den Vorgaben des UrhWissG zur Verfügung gestellt. Sie ist ausschließlich für Ihren eigenen wissenschaftlichen Gebrauch im Rahmen der von Ihnen besuchten Lehrveranstaltung bestimmt.

Politische Urteilsbildung als Ziel und Inhalt des Politikunterrichts¹

Peter Weinbrenner

0. Einleitung

Was sind *politische Urteile* und wie kommen sie zustande? Dies ist die Leitfrage, unter die ich diesen Beitrag stellen möchte. Bei der Durchsicht der einschlägigen didaktischen Literatur (vgl. Literaturverzeichnis) fiel mir auf, daß zwar überall politische Urteilsbildung zu einem wichtigen Ziel des politischen Unterrichts erklärt wird², daß aber nur sehr wenig darüber ausgesagt wird, durch welche *Merkmale* ein politisches Urteil bestimmt ist – und sich dadurch von anderen Urteilsarten unterscheidet – und wie ein *Lernprozeß* aussieht, der politische Urteilsbildung zum Ziel hat.

In dem schon als Klassiker für unsere Problematik zu bezeichnenden Büchlein von Rudolf Engelhardt „Urteilsbildung im politischen Unterricht“ (1971) heißt es hierzu: „Als schwierigstes Problem für den Unterricht hat sich die Urteilsbildung der Schüler sowie die Diskussion der normalerweise differierenden Urteile herausgestellt“ (Engelhardt 1971, 42).

Als Ergebnis der Auseinandersetzung mit der Literatur fasse ich zusammen:

- Es gibt keine einschlägige *Definition* dafür, was unter einem *politischen Urteil* zu verstehen ist und durch welche Begriffsmerkmale es bestimmt ist.
- Es gibt keine Klarheit darüber, wodurch sich *politische Urteile* von anderen Urteilsarten (z.B. von *moralischen Urteilen*) unterscheiden.
- Es gibt nur wenige Hinweise und empirisch gestützte Theorien darüber, wie sich im Prozeß der menschlichen Entwicklung die *Fähigkeit zur Urteilsbildung* herausbildet und wie man sich einen solchen *Entwicklungs- und Stufungsprozeß* vorstellen kann.

Es ist mir außer den Arbeiten von Sander (1981 und 1984) keine Untersuchung bekannt, in der anhand von dokumentierten Unterrichtsverläufen der Prozeß einer „*kommunikativen Urteilsbildung*“ analysiert und unter *fachdidaktischer* Fragestellung diskutiert worden wäre. Ich möchte daher aufgrund der aufgezeigten Unklarheiten etwas grundsätzlicher werden und ein *Modell als heuristisches Hilfsmittel* vorstellen, von dem ich hoffe, daß es für die

weitere fachdidaktische Diskussion, insbesondere auch für Unterrichtsanalysen und -konzeptionen, hilfreich sein könnte. Ich will folgende drei Fragen klären:

- (1) Was sind politische Urteile und wie grenzen sie sich gegen andere Urteilsarten ab?
- (2) Welche Variablen beeinflussen die politische Urteilsbildung?
- (3) Inwiefern kann die politische Urteilsbildung als kommunikativer Prozeß der Rationalitätsentwicklung gedeutet werden?

1. Was sind politische Urteile?

Als vorläufige Arbeitsdefinition schlage ich vor: Urteile im weitesten Sinne sind alle Aussagen eines Individuums³ über Menschen und Sachen, die konstatierenden und/oder qualifizierenden Charakter haben. Durch das Urteil definiert das Individuum sein Verhältnis zur Welt, also zu seiner sozialen und natürlichen Umwelt. Das Urteil enthält also immer eine subjektive Situationsbestimmung und Weltdeutung.

Politische Urteile implizieren darüber hinaus *Werturteile*. Wenn wir politisch urteilen, dann beziehen wir eine Position, dann müssen wir uns für oder gegen etwas oder für oder gegen jemanden entscheiden, d.h. notwendigerweise Partei ergreifen (vgl. Sutor 1984, 138). Politische Urteile in diesem Sinne basieren insofern auf *Abwägungsüberlegungen* zwischen Positionen, Individuen, Gruppen im Hinblick auf normative Ansprüche, in der Regel Gerechtigkeitsansprüche. Bei Kohlberg ist Gerechtigkeit „das Herzstück der Moralität“ (vgl. Weinreich-Haste 1984, 82 mit Hinweis auf Kohlberg 1971). Ihre Signatur ist der *Konflikt* in all seinen Erscheinungsformen (Prinzipien-Konflikte, Dilemmata, Paradoxien, Rationalitätskonflikte usw.). Der Konflikt ist insofern der Motor des politischen und moralischen Lernens.

Es werden in der Literatur eine Fülle von Urteilsarten unterschieden. Ich beschränke mich auf diejenigen Typen, die mir für unsere Zwecke als relevant erscheinen. Am geläufigsten ist die Unterscheidung zwischen konstatierenden, deutenden und erklärenden sowie wertenden Urteilen. Beispiele:

<i>Konstatierendes Urteil:</i>	Die Arbeitslosigkeit steigt.
<i>Deutendes und erklärendes Urteil:</i>	Die Arbeitslosigkeit steigt, weil der Export durch die starke DM zurückgegangen ist.
<i>Werturteil:</i>	Vollbeschäftigung ist das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik.

Die Beispiele machen deutlich, daß die Urteilsarten aufeinander aufbauen, d.h. ein Werturteil ist ohne konstatierendes Urteil, also einen beschreibenden Sachverhalt, gar nicht möglich, da Werturteile durch die Zuschreibung eines Wertes zu einem Sachverhalt zustande kommen. In unserem Beispiel wird dem Sachverhalt „Vollbeschäftigung“ der Wert zugeschrieben, als wichtigstes Ziel der Wirtschaftspolitik zu fungieren.

Wichtig ist noch die Unterscheidung zwischen *Sachurteilen* und *Werturteilen* bzw. zwischen *deskriptiven* (*beschreibenden*) und *präskriptiven* (*vorschreibenden*) Urteilen. Die gerade genannten konstatierenden Urteile sind deskriptiver Natur (die Arbeitslosigkeit steigt). Die Aussage „Die Bundesregierung sollte mehr gegen die Arbeitslosigkeit tun“ hingegen ist ein präskriptives Urteil, da sie ein bestimmtes Verhalten bzw. Sollen vorschreibt.

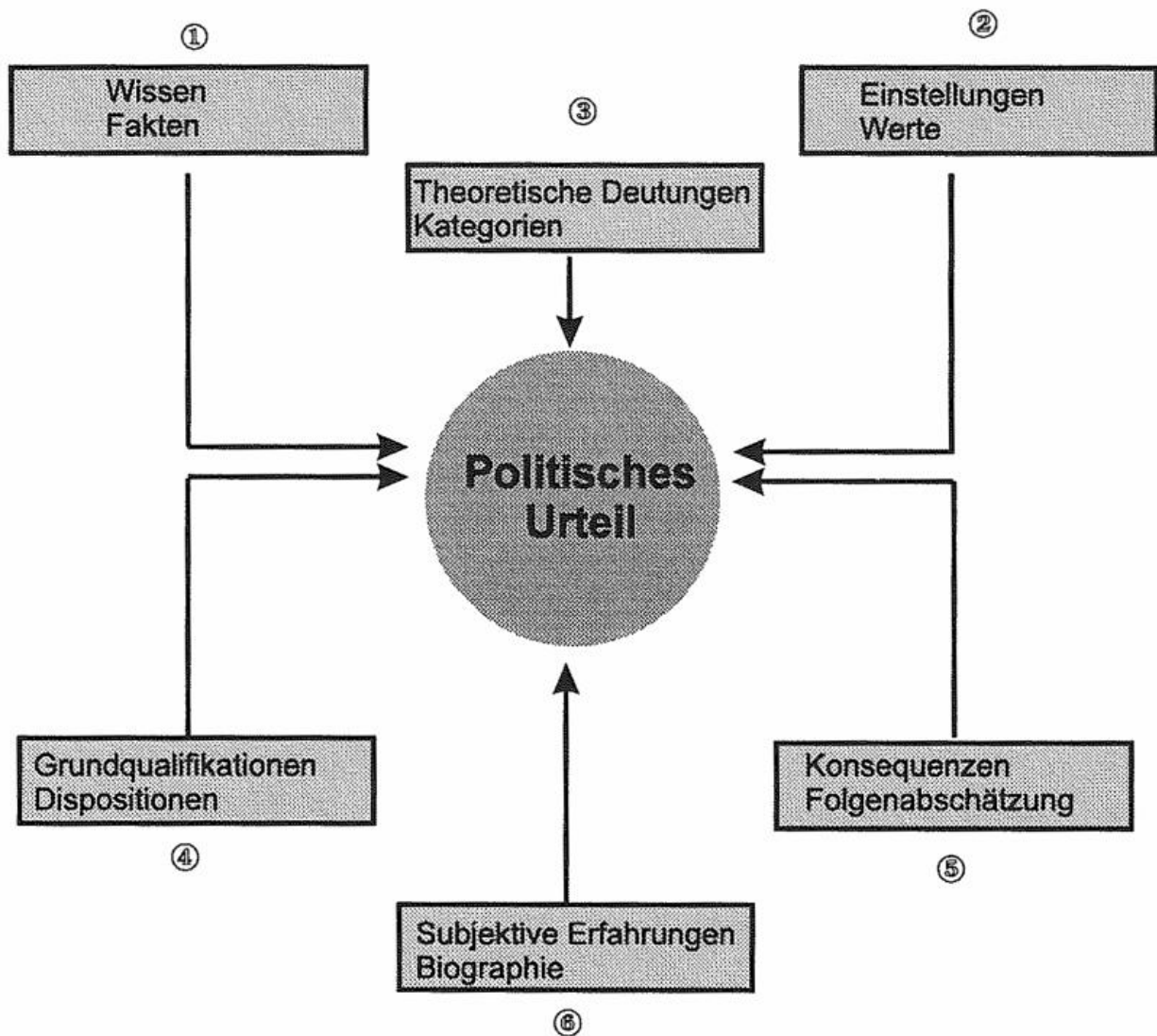
Nach dem *Gegenstand* können unterschieden werden *Sachurteile* (die Arbeitslosigkeit steigt) und *Personenurteile* (der Wirtschaftsminister ist unfähig). Wichtig sind noch sog. *Vergleichsurteile*, die sich sowohl auf Sachen und Institutionen als auch auf Personen beziehen können (die Partei x hat mehr Kompetenz in der Wirtschaftspolitik als die Partei y; der Politiker x ist besser als der Politiker y).

Am schwierigsten ist die Unterscheidung zwischen *politischen* und *moralischen* Urteilen (vgl. hierzu insbesondere Schneider 1982). Moralische Urteile sind *präskriptive* Urteile und deren *Rechtfertigung* (vgl. Weinreich-Haste 1984, 84). Die den präskriptiven Urteilen zugrunde liegenden Wertvorstellungen und Normen sind *universeller* Natur, beanspruchen also zeit- und raumübergreifende Geltung. Dem moralischen Urteil entspricht schließlich in der Regel eine implizite oder explizite *Verpflichtung zum Handeln*. Alle diese Merkmale können auch auf politische Urteile zutreffen, dann fallen politisches und moralisches Urteil zusammen. Sie sind jedoch für das *moralische* Urteil konstitutiv. Insofern sind moralische Urteile eine Sonderform bzw. Untergruppe des politischen Urteils, die durch die vier Merkmale (1) Präskriptivität, (2) Universalisierbarkeit, (3) Rechtfertigungszwang und (4) Verpflichtung zum Handeln qualifiziert sind.

2. Welche Variablen beeinflussen die politische Urteilsbildung?

Wenn Urteilsbildung sich in der Auseinandersetzung des Individuums mit seiner sozialen und natürlichen Umwelt vollzieht, dann wissen wir im Grunde nur sehr wenig darüber, in welcher Weise das Individuum die vielfältigen Umwelteinflüsse verarbeitet, koordiniert, integriert und differenziert. Es handelt sich also um einen höchst komplexen Vorgang, bei dem wir uns lediglich *hypothetisch*, *reflektierend* und *rekonstruierend* eine Vorstellung davon machen können, in welcher Weise diese vielfachen Verknüpfungen zwischen Mensch und Umwelt, zwischen Subjekt und objektiver Wirklichkeit oder zwischen Innen und Außen erfolgen.

Übersicht 1: Variablen der politischen Urteilsbildung



Die Wissenschaft hilft sich hier mit *Modellbildungen*. Ich möchte nachfolgend ein solches Modell zur Diskussion stellen, bei dem ich insgesamt sechs Variablen identifiziert habe, die nach meiner Einschätzung und auf der Grundlage einschlägiger Literatur den Prozeß der politischen Urteilsbildung bestimmen (vgl. Übersicht 1). Die diesem Modell zugrunde liegende These lautet: *Je mehr diese Variablen im individuellen Prozeß der politischen Urteilsbildung berücksichtigt, d.h. reflektiert und integriert werden, desto qualifizierter, komplexer und differenzierter ist das politische Urteil.* Und umgekehrt, je schneller, simpler und unreflektierter die Urteilsbildung erfolgt, desto unqualifizierter ist das politische Urteil. Es hat dann eher „Vorurteils-Charakter“.

2.1 Wissen/Fakten

Daß ein politisches Urteil ohne Wissen und Kenntnisse über Sachverhalte der sozialen Wirklichkeit nicht möglich ist, ergibt sich schon aus der vorgenannten Definition und ist im Grunde eine Banalität. Doch was verbirgt sich hinter der Kategorie „Wissen“? Didaktiker der Politischen Bildung haben immer wieder versucht, dieses Wissen zu kategorisieren und zu qualifizieren. So unterscheidet Giesecke *Bildungswissen*, *Orientierungswissen* und *Aktionswissen* als Voraussetzungen politischen Handelns (Giesecke 1972).

Besonders hilfreich erscheinen mir hier die Arbeiten von Georg Weißenö und Tilman Grammes mit ihren Versuchen zu einer *Didaktik der Wissensformen* (vgl. Weißenö 1994 und Grammes 1993, 124). In diesen Überlegungen wird deutlich, daß Wissen nicht isoliert, gleichsam lexikalisch zur Verfügung steht, sondern in höchst unterschiedliche *Strukturen* und *Wissensformen* eingebettet ist. Denn nur so kann es für das Individuum verfügbar werden. Kurz gesagt: Wissen als Grundlage der Urteilsbildung ist nur *kontextgebunden* verfügbar – es muß in übergreifende Strukturen und Sinnzusammenhänge eingebettet werden.

Für eine naive Didaktikvorstellung würde es danach genügen, jeweils das richtige Wissen zur Verfügung zu stellen, um daraus angemessene Urteile ableiten zu können. Da politische Urteile jedoch in der Regel *Wertentscheidungen* implizieren, bedarf es jedoch zumindest noch einer weiteren Variablen, die im Prozeß der Urteilsbildung berücksichtigt und reflektiert werden muß.

2.2 Einstellungen/Werte

An Wertvorstellungen herrscht gerade in der Didaktik der Politischen Bildung wahrlich kein Mangel. Im Gegenteil scheint vielfach die Vorstellung zu herrschen, die Schülerinnen und Schüler müßten nur über die richtigen Wertvorstellungen verfügen, um dann auch zu einer richtigen Urteilsbildung zu gelangen. Hierbei wird – wiederum in grober Vereinfachung – die *Wertkomponente* des politischen Urteils über die *Wissenskomponente* gestellt. Gegen diesen *Wertkonservatismus* haben sich bereits die Didaktiker der 70er Jahre vehement gewandt.

Wenn – wie im Rahmen der Begriffsklärung bereits erwähnt – politische Urteilsbildung jedoch ein *Abwägungsproblem zwischen in der Regel konfligierenden Wertvorstellungen* ist, dann sind Werte wichtige Optionen bzw. *Kriterien der Urteilsbildung*. Engelhardt (1971, 42ff.) verweist hierbei auf die klassischen Wertvorstellungen wie Menschenwürde, Demokratie, Autonomie, Selbst- und Mitbestimmung sowie Chancengleichheit. Ohne Werte geht es also nicht. Entscheidend für die Qualität des politischen Urteils ist jedoch, ob ihm eine apodiktische oder eine konsensuelle Wertvorstellung zugrund liegt. *Apodiktisch* sind Wertvorstellungen, die als universell, verbind-

lich und absolut gesetzt werden. *Konsensuell* sind Wertvorstellungen, die kommunikativ vermittelt, argumentativ begründet und als Ergebnis eines Konsensbildungsprozesses aller Beteiligten und Betroffenen freiwillig anerkannt werden.

2.3 Theoretische Deutungen/Kategorien

Wissen und Wertvorstellungen allein reichen für eine *qualifizierte* Urteilsbildung noch nicht aus. Diese Wissens- und Wertelemente bedürfen der *Integration* in einen übergreifenden Sinnzusammenhang. Ein solcher Sinnzusammenhang wird vermittelt durch *Kategorien* und *Theorien* als *Deutungsmuster*.

In der Auseinandersetzung des Individuums mit seiner Umwelt bedarf es insofern einer organisierenden Vorstellung und Strukturierung, die Weinreich-Haste als „*individuelle implizite Sozialtheorie*“ bezeichnet hat (vgl. 1984, 84f.). Eine solche, wiederum über *Kategorien* vermittelte, Sozialtheorie ermöglicht dem Individuum eine *Konzeptualisierung* der jeweiligen Situation, also die „Bildung von Interpretationsschemata für die inneren Zusammenhänge zwischen individuellem Handeln und sozialem System“ (ebd., 85). Als solche *sinnstiftenden Kategorien der Urteilsbildung* dienen z.B. die bekannten didaktischen Kategorien wie *Interesse, Ideologie, Verantwortung* bei Lingelbach (vgl. Lingelbach 1967, 110ff.) oder *Menschenwürde, Zumutbarkeit, Legitimität, Gemeinwohl, Wirksamkeit, Folgen, Verantwortlichkeit* usw. bei Sutor (1984, 138f.).

Bei Sutor und anderen wird deutlich, daß der Urteilsfindung eine *Situationsanalyse* und eine *Möglichkeitserörterung* vorangehen muß. Als *Urteilsgrundlagen* nennt er folgende Kategorien (vgl. Lißmann/Sandmann 1987, 94):

1. Individuelle Interessen und Gemeinwohl im Hinblick auf den Konflikt,
2. Grenzen der Belastbarkeit der Bürger (Zumutbarkeit),
3. Lösbarkeit des Konflikts innerhalb des dafür vorgesehenen gesetzlichen Rahmens,
4. Entwicklung eigener Lösungsvorschläge/Standpunkte in bezug auf den Konflikt/Abwägen möglicher Folgen von Entscheidungen.

Die Aufzählung macht deutlich, daß auch bei Sutor, einem der vehementesten Kritiker der Konfliktdidaktik, der *Konflikt als zentrale Urteilstkategorie* fungiert. Ich halte also für die hier diskutierte Variable fest: *Politische Urteilsbildung vollzieht sich im Spannungsfeld von Konflikt und Konsens.*

2.4 Grundqualifikationen/Dispositionen

Bei der Entwicklung politischer Urteile ist immer zu bedenken, daß die subjektiven Verarbeitungsmuster der Schülerinnen und Schüler von den bereits ausgebildeten *Verhaltensdispositionen*, insbesondere den psychischen Vor-

aussetzungen abhängen. „Welche Verhaltensdispositionen bringen Schüler mit?“, fragt Wolfgang Hilligen (1985, 234ff.) und verweist auf die vielfachen Prägungen, aber auch Defizite, der familiären und schulischen Sozialisation. Insofern gibt es nie eine „Tabula-rasa-Situation“, sondern die Struktur der Entwicklung politischer und moralischer Urteile verändert sich laufend, und zwar von alten Strukturen zu neuen Strukturen, in die jeweils die neuen Elemente der einzelnen Variablen integriert bzw. ausgesondert werden. Die Art und Weise der Integration neuer Urteile in die vorhandene Urteilsstruktur bzw. in die implizite Sozialtheorie hängt jedoch ab von den bereits verfügbaren Grundqualifikationen und Verhaltensdispositionen. In seinem theoretischen Modell politischer Sozialisation hat Wolfgang W. Weiss (1981) folgende Grundqualifikationen genannt (vgl. Jahn/Krappmann 1987, 161):

1. *Empathie* als die Fähigkeit, sich die Erwartungen anderer vorzustellen (Grundqualifikation: *politisches Verantwortungsbewußtsein* bzw. *soziales Bewußtsein*).
2. *Rollendistanz* als die Fähigkeit, sich von herrschenden Normen ggf. auch zu distanzieren (Grundqualifikation: *gesellschaftskritisches Bewußtsein*).
3. *Ambiguitätstoleranz* als die Fähigkeit, auch bei unbefriedigten Bedürfnissen weitere Anstrengungen für bessere Lösungen unternehmen zu können (Grundqualifikation: *politische Toleranz*).
4. *Kommunikative Kompetenz* als die Fähigkeit, die eigenen Ansprüche und Perspektiven in den Prozeß der Verständigung einzubringen (Grundqualifikation: *politisches Interesse* und *politischer Partizipationswille*).

Es leuchtet ein, daß beim Vorhandensein solcher Grundqualifikationen und Verhaltensdispositionen ein politisches Urteil zu erwarten ist, das einen hohen Grad an Integration, Differenzierung und Komplexität aufweist.

2.5 Konsequenzen/Folgenabschätzung

Diese Variable ist zum Teil bereits in Variable 3 (theoretische Deutungen/Kategorien), aber auch in der gerade diskutierten Variablen 4 (Grundqualifikationen/Dispositionen) enthalten. Ich habe diese Variable deswegen gesondert herausgestellt, weil angesichts der neuen Qualität von globalen Herausforderungen und existentiellen Risiken der modernen Industriegesellschaft und Technikentwicklung von der Frage der *Folgenabschätzung* politischer, ökonomischer und technischer Entscheidungen die „*Zukunftsfähigkeit*“ der Gesellschaft (vgl. Zukunftsfähiges Deutschland 1996), letztlich der Fortbestand der Welt und der Gattung Mensch insgesamt abhängen. Das hat die Diskussion über die „*Risikogesellschaft*“ (Beck 1986) und die daran anschließende Entwicklung von *Folgenabschätzungsinstrumenten* (z.B. Produktlinienanalysen, Ökobilanzen, Technikfolgenabschätzung) gezeigt (vgl. Weinbrenner 1995b).

Da politische Urteile in der Regel *Entscheidungscharakter* haben und im Modell des *Politikzirkels* deutlich wird, daß Politik insgesamt nichts anderes

ist als ein endloser Prozeß der Problemdefinition, Problemdiskussion, Problemlösung und -entscheidung, Problemfolgen und -nebenfolgen, neue Problemdefinition usw., kommt der Folgenabschätzung ein hoher Stellenwert im Prozeß der politischen Urteilsbildung zu.

2.6 Subjektive Erfahrungen/Biographie

Auch diese Variable ist allein aus heuristischen Gründen separat gestellt worden, obwohl sie in den Variablen 1, 2 und 3 zum Teil enthalten ist. Sie soll darauf aufmerksam machen, daß in die politische Urteilsbildung im Hinblick auf den *subjektiven* Charakter der Situations- und Weltdeutung auch die in der individuellen Biographie des Urteilenden gründenden subjektiven Erfahrungen und Erlebnisse eingehen. Im Grunde eine Banalität, aber doch der Hinweis darauf, daß einem singulären politischen Urteil viele andere politischen Urteile bereits vorausgegangen sind, in die die subjektiven Erfahrungen und Erlebnisse des Individuums integriert wurden. Eine solche Integration erfolgt auch innerhalb einer „Politischen Generation“, z.B. der 68er oder 89er, als einer „Deutungsgemeinschaft“ (vgl. Fogt 1982).

Kurz gesagt: Alle Urteile sind zunächst singulär und subjektiv. Je mehr sie sich jedoch von der Singularität und Subjektivität lösen und sich an verallgemeinerbaren Vorstellungen und Normen orientieren, desto qualifizierter und differenzierter sind sie.

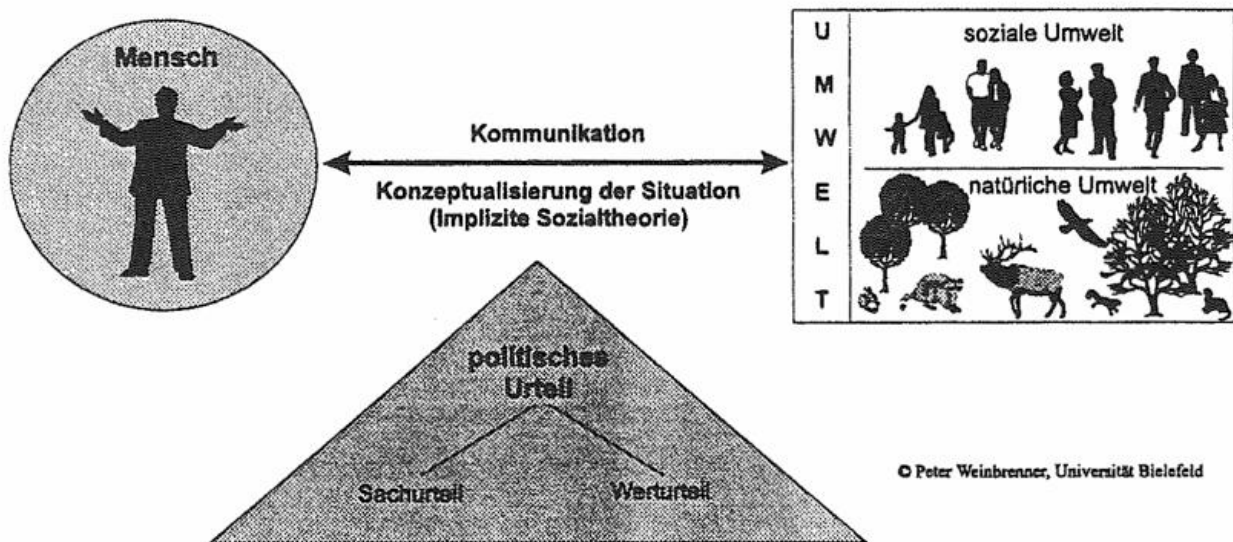
Ergebnis

Der Durchgang durch das Modell der Urteilsvariablen hat gezeigt, daß die politische Urteilsbildung ein individueller, sozialisationsbedingter, höchst differenzierter und komplexer Prozeß der Verknüpfung vieler Variablen ist, der sich – da diese Variablen allesamt nur introspektiv verknüpft werden – dem direkten Zugriff des Forschers entzieht. Das heißt, wir sind auf *Modell- und Variablenbildung* angewiesen, um diesen Prozeß überhaupt darstellbar und diskutierbar zu machen. Der Forschungszugriff ist in Anbetracht dieser Schwierigkeiten sehr komplex und nicht einfach zu organisieren. Theoretisch gehen in diese Modelle Elemente der Entwicklungspsychologie, der Sozialisationstheorie, der Kognitionstheorie (z.B. von Piaget und Kohlberg), der politischen Kommunikations- und Meinungsforschung (vgl. Roeder 1972) sowie der Attributionsforschung ein. Es sind gewissermaßen Hilfswissenschaften der politischen Didaktik. Die verschiedenen Forschungszugriffe und Forschungsfragen möchte ich im nächsten Abschnitt erörtern, wo die *politische Urteilsbildung als kommunikativer Prozeß der Rationalitätsentwicklung* beschrieben wird.

3. Politische Urteilsbildung als kommunikativer Prozeß der Rationalitätsentwicklung

Der Forschungszusammenhang unserer Problematik soll durch das nachfolgende Schaubild verdeutlicht werden (vgl. Übersicht 5).

Abbildung 2: Politische Urteilsbildung als kommunikativer Prozeß der Konzeptualisierung einer Situation



Als Forschungszusammenhang können danach drei Elemente identifiziert werden: (1) Mensch, (2) Umwelt und (3) politisches Urteil.

Wie sich die sechs Variablen im Kopfe des *Menschen* (1) verknüpfen und wie daraus ein politisches Urteil generiert wird, das entzieht sich als introspektiver Vorgang jedem direkten Zugriff einer empirisch gestützten Forschung. So bleibt – wie bereits demonstriert – nur der Rückgriff auf theoretische Modelle und Heuristiken.

Was die soziale und natürliche *Umwelt* (2) angeht, so können hier politische Urteile im Hinblick auf ihren Erkenntnischarakter evaluiert werden. Wer Sachverhalte konstatiert, Deutungen und Erklärungen vornimmt und Werturteile fällt, unterliegt dem Überprüfungsverfahren der dafür zuständigen Objektwissenschaften (Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften).

Das *politische Urteil* (3) selbst als sichtbare Manifestation des introspektiven Verarbeitungsprozesses kann schließlich durch die Analyse von mündlichen und schriftlichen Aussagen sowie durch Videodokumentationen wissenschaftlich bearbeitet werden (Inhaltsanalyse, Textthermeneutik, Beobachtung und Analyse aller Momente des Unterrichtsgeschehens).

Auf dieser Forschungsebene interessieren vor allem zwei Dinge:

1. Die *Urteile* selbst: Woran sind sie zu erkennen? Wie können sie typisiert, klassifiziert und hierarchisiert werden? (Das Urteil als subjektive Aussage und Positionsbestimmung)

2. Die *Erklärungen* und *Begründungen* für die geäußerten Urteile: Auf welcher Wissensgrundlage basieren sie? Welche Normen und Wertvorstellungen liegen den Urteilen zugrunde? Welche persönlichen Erfahrungen bringen die Urteilenden in diese Erklärungen und Begründungen ein? usw. (Rechtfertigung und Explikation des Urteils)

Es gilt also Verfahren und Kategorien zu entwickeln, die die politische Urteilsbildung als *kommunikativen Prozeß* im Rahmen des Politikunterrichts erfassen, beschreiben und erklären. Damit stoßen wir auf ein ganz wichtiges Moment des politischen Unterrichts und der politischen Urteilsbildung, bei dem zwei Fragen zu klären sind:

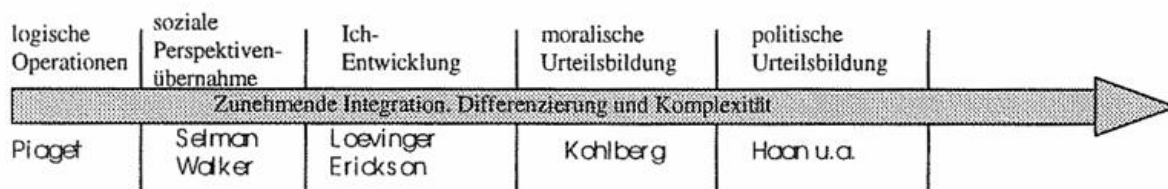
1. Wie bilden und entwickeln sich politische Urteile im Prozeß der Persönlichkeitsbildung und der individuellen Lernbiographie? (Problem der Sequenzierung)
2. Wie können politische Urteile qualifiziert und hierarchisiert werden? (Problem der Qualifizierung und Hierarchisierung)

3.1 Das Problem der Sequenzierung

Was die erste Frage anbelangt (Urteilsbildung als individueller Entwicklungs- und Lernprozeß), so hat die Forschung folgende Vorstellungen entwickelt (vgl. Abbildung 3 nach Weinreich-Haste 1984, 83):

Dieses Modell hat – wie alle diese Konstruktionen – spekulativen Charakter und ist auch in der Literatur umstritten, z.B. im Hinblick auf die Positionierung der Phase der Ich-Entwicklung. Es unterschlägt zumindest die wichtige Feststellung, daß die Umwelteinflüsse (insbesondere Wissen und Werte sowie biographische Erfahrungen und Ereignisse, in eine implizite oder explizite *Sozialtheorie* integriert werden müssen, um zu stimmigen und qualifizierten politischen Urteilen zu kommen.

Abbildung 3: Sequenz von notwendigen und hinreichenden Bedingungen für die Entwicklung von Urteilsbildung



Quelle: Nach Weinreich-Haste, Helen: Politische moralische und soziale Urteilsbildung. In: Regenbogen, Armin (Hrsg.): Moral und Politik – soziales Bewußtsein als Lernprozeß, Köln 1984, S. 83

3.2 Das Problem der Qualifizierung und Hierarchisierung

Was die zweite Frage angeht (die Qualifizierung und Hierarchisierung politischer Urteile) so kann der obigen Graphik zunächst entnommen werden, daß bei allen Modellen die Vorstellung einer zunehmenden *Integration, Differenzierung* und *Komplexität* der politischen Urteilsbildung zugrunde liegt. Damit komme ich zu einem wesentlichen Moment meiner *Grundthese*, nämlich *daß sich politische Urteilsbildung als kommunikativer Prozeß vollzieht und daher auch nur kommunikativ evaluiert werden kann*.

Politische Urteile müssen sich vor der Ratio ausweisen, sie müssen vor ihr bestehen können, d.h. „sie müssen argumentierbar sein“. Damit ist ein ganz wesentliches Qualifikationskriterium angesprochen, nämlich die Frage nach der *Rationalität* bzw. *Irrationalität* politischer Urteile. Auch dieses Problem ist nicht neu und wurde auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung schon im Jahre 1959 zum Thema „Die politische Urteilsbildung in der Demokratie – ihre rationalen und irrationalen Komponenten“ intensiv diskutiert (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 1960). Die Qualität eines politischen Urteils kann danach nicht als *singuläre* Aussage eines Schülers bzw. einer Schülerin im Unterricht erfaßt und bewertet werden, sondern erst im *kommunikativen und argumentativen Zusammenhang des gesamten Unterrichts*, zumindest einer Unterrichtsphase oder -episode. *Die Qualität eines politischen Urteils steht und fällt mit der Qualität der Begründung und Rechtfertigung dieses Urteils im Lichte rationaler Erwägungen*.

Wenn also gefragt wird, woran kann die zunehmende Integration, Differenzierung und Komplexität eines politischen Urteils erkannt werden, dann scheint mir der Rückgriff auf das Variablenmodell hilfreich, das dann lediglich in einen Kriterien- und Fragenkatalog im Sinne einer *Operationalisierung* umformuliert werden muß. Zum Beispiel:

1. Welche *Wissenselemente* (Tatsachen, Fakten, Daten usw.) liegen dem Urteil zugrunde?
2. Auf welche *Einstellungen und Werte* wird Bezug genommen?
3. Welche *Kategorien, Theorien und Deutungsmuster* liegen dem Urteil zugrunde?
4. Über welche *Grundqualifikationen* und *Verhaltensdispositionen* verfügt der Urteilende?
5. Hat der Urteilende die *Konsequenzen* seines Urteils bedacht? Ist der Urteilsbildung eine *Folgenabschätzung* vorangegangen?
6. Inwieweit sind in das Urteil *subjektive Erfahrungen und Ereignisse*, die in der Biographie des Urteilenden begründet sind, eingeflossen?

Aber selbst bei einer solch komplexen Qualifizierung des politischen Urteils, die ja ein Gesamtmaß für die Rationalität des Urteils ergeben soll, bleibt ein Problem ungeklärt: *Kann Rationalität nur eindimensional gedacht werden?*

Als Wirtschaftswissenschaftler, der im Rahmen seiner Fachsozialisation gelernt hat, alle Ereignisse dieser Welt am Modell des „homo oeconomicus“

zu messen und die ökonomisch-technische Rationalität als einziges Rationalitätskriterium für die Beurteilung ökonomischer und politischer Sachverhalte zu berücksichtigen, mußte ich in den letzten Jahren lernen, daß genau diese „Eindimensionalität“ der Ökonomie Ursache der vielfältigen Fehlentwicklungen und Krisenerscheinungen der Moderne ist.

Geht man also rationalitätstheoretisch an das Problem der politischen Urteilsbildung heran, so entspringen die allermeisten politischen Urteile letztendlich prinzipiell unaufhebbaren *Rationalitätskonflikten*. Was bei der Diskussion moralischer Urteile das moralische Dilemma ausmacht, ist auf der Ebene der politischen Urteile ein *Rationalitätsdilemma*.

Ich habe in den letzten Jahren eine Reihe methodischer Arrangements entwickelt, um solche Rationalitätskonflikte im politischen Unterricht bearbeiten zu können (z.B. Zukunftswerkstatt, Szenario-Technik, Produktlinienanalyse, Technikfolgenabschätzung, vgl. Weinbrenner 1988, 1991, 1995a, 1995b).

Überträgt man das Kohlbergsche Modell auf unser Problem und folgt man der Hypothese, daß politische Urteilsbildung über implizite Sozialtheorien erfolgt, dann stellt sich die Frage: Wie können wir etwas über die implizite Sozialtheorie der Schülerinnen und Schüler erfahren? Die Antwort hierauf lautet: Durch Vorgabe moralischer Dilemmata und/oder sozialer Probleme und Konfliktsituationen (vgl. Weinreich-Haste 1984, 84ff.). Es geht also darum, bereits curricular und insbesondere durch die Steuerung des Unterrichtsprozesses selbst (z.B. durch geeignete Impulse und Fragestellungen) die Schülerinnen und Schüler zu komplexen Argumentationszusammenhängen zu bewegen, die in ihrem Ergebnis der Explikation und Legitimation politischer Urteile dienen. Wolfgang Sander (Münster) hat einen solchen Prozeß der politisch-moralischer Urteilsbildung und seine Stadien anhand eines unterrichtspraktischen Beispiels (Konflikt um die Kernenergie) sehr überzeugend beschrieben (vgl. Sander 1981 und 1984, 267ff. und 336ff.).

Zusammenfassend lassen sich folgende Schlußfolgerungen für den Politikunterricht ziehen:

1. Politische Urteilsbildung ist Teil eines langfristigen individuellen Entwicklungs- und Sozialisationsprozesses, der aufgrund seiner introspektiven Natur nur heuristisch und modelltheoretisch rekonstruiert und damit zur Grundlage unterrichtlicher Planungs- und Analyseprozesse gemacht werden kann.
2. Politische Urteilsbildung vollzieht sich in einer mit anderen handelnden und urteilenden Menschen gemeinsamen Welt und ist somit Teil eines kommunikativen Prozesses der Rationalitätsentwicklung. Aufgabe des Politikunterrichts ist es, durch geeignete inhaltliche Vorgaben (Dilemmata, Probleme, Konflikte) und methodische Arrangements (Fallanalyse, Zukunftswerkstatt, Szenario-Technik) politische Urteile zu generieren, zu explizieren und schließlich zu legitimieren und zu qualifizieren (hierarchisieren).

Anmerkungen

- 1 Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten im Rahmen eines Werkstattgesprächs der Bundeszentrale für politische Bildung „Politische Urteilsbildung im Unterricht“ vom 17. – 19. November 1995 in Bonn.
- 2 So heißt es beispielsweise bei Wolfgang Sander: Unter Didaktikern besteht „grundsätzliche Übereinstimmung darüber, daß Politische Bildung auf die selbständige politische Urteilsbildung der Schüler abzielt“ (Sander 1985, 23); vgl. auch die wegen ihrer bildungstheoretischen Begründung immer noch grundlegende Dissertation von Ludwig Witzani: Politische Urteilskraft. Diss. Köln 1980.
- 3 Nur Individuen können Urteile fällen, auch wenn sie im Namen von Institutionen, z.B. Gerichten, urteilen.

Literatur

- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Engelhardt, Rudolf, 1971: Urteilsbildung im Politischen Unterricht. Einübung kontroversen Denkens als Aufgabe Politischer Bildung. Essen: Neue Deutsche Schule.
- Fogt, Helmut, 1982: Politische Generationen: Empirische Bedeutung und theoretisches Modell. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1960: Die politische Urteilsbildung in der Demokratie. Bonn: Friedrich Ebert-Stiftung.
- Giesecke, Hermann, 1972: Didaktik der Politischen Bildung. 7. Aufl.. München: Juventa.
- Grammes, Tilman, 1993: Vorüberlegungen zu Planungsdidaktiken von Lehrern. In: Grammes, Tilman/Georg Weißenö (Hrsg.): Sozialkundestunden. Opladen: Leske + Budrich, S. 121-141.
- Hilligen, Wolfgang, 1985: Zur Didaktik des politischen Unterrichts. 4. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Jahn, Klaus und Lothar Krappmann, 1987: Sozialisation und Politische Bildung. In: Metzler Handbuch für den Politischen Unterricht. Herausgegeben von Volker Nitzschke und Fritz Sandmann. Stuttgart: Metzler, S. 154-168.
- Kohlberg, Lawrence, 1971: From Is to Ought; How to commit the naturalistic fallacy and get away with it in the study of moral development. In: Mischel, T. (Hrsg.): Cognitive development and epistemology. London: Academic Press.
- Lingelbach, Karl-Christoph, 1967: Der Konflikt als Grundbegriff der Politischen Bildung. In: Pädagogische Rundschau, Nr. 1, S. 48ff.; Heft Nr. 2/1967, S. 125ff.
- Lißmann, Hans-Joachim und Fritz Sandmann, 1987: Ein Thema – drei didaktische Konzeptionen. In: Metzler Handbuch für den politischen Unterricht. Hrsg. von V. Nitzschke und F. Sandmann. Stuttgart: Metzler, S. 86-110.
- Regenbogen, Arnim, (Hrsg.) 1984: Moral und Politik – soziales Bewußtsein als Lernprozeß. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Roeder, Burkhard, 1972: Zur Theorie des politischen Urteils. Struktur und Diskrepanz politischer Stellungnahmen Jugendlicher. Neuburgweier/Karlsruhe: Schindele.
- Sander, Wolfgang (Münster), 1981: Konfliktfall: Kernenergie. Anleitung zu sozialwissenschaftlicher Analyse und Urteilsbildung. Düsseldorf: August Bagel Verlag.
- Sander, Wolfgang (Münster), 1984: Effizienz und Emanzipation. Prinzipien verantwortlichen Urteilens und Handelns. Eine Grundlegung zur Didaktik der politischen Bildung. Opladen: Leske und Budrich.
- Sander, Wolfgang, 1985 (Jena): Politische Bildung als Fach und Prinzip. In: ders.: Politische Bildung in den Fächern der Schule. Stuttgart: Metzler, 7-33.

- Schneider, Myriam, 1982: Moralische Urteile und politisches Argument im Unterricht. In: Hagemann, Wilhelm/Horst Heidbrink/Myriam M. Schneider (Hrsg.): Kognition und Moralität in politischen Lernprozessen. Theoretische Ansätze, Forschungsergebnisse, Anwendungsmodelle. Opladen: Leske + Budrich.
- Sutor, Bernhard, 1984: Neue Grundlagen Politischer Bildung. Band II. Ziele und Aufgabenfelder des Politikunterrichts. Paderborn: Schöningh.
- Vollrath, Ernst, 1977: Die Rekonstruktion der politischen Urteilskraft. Stuttgart: Klett.
- Weinbrenner, Peter, 1988: Zukunftswerkstätten – Eine Methode zur Verknüpfung von ökonomischem, ökologischem und politischem Lernen. In: Gegenwartskunde, Nr. 4, S. 527-560.
- Weinbrenner, Peter/Häcker, Walter, 1991: Zur Theorie und Praxis von Zukunftswerkstätten. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Methoden in der politischen Bildung – Handlungsorientierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 115-149.
- Weinbrenner, Peter, 1995a: AUTO 2010 – Ein Szenario zum Thema „Auto und Verkehr“ sowie Multikulturelle Gesellschaft – Einsatz der Szenariomethode. In: Steinmann, Bodo/Weber, Birgit (Hrsg.): Handlungsorientierte Methoden in der Ökonomie. Neusäß, S. 432ff., 469ff.
- Weinbrenner, Peter, 1995b: Welche Bedeutung kommt in der schulischen Politischen Bildung den politischen Leitbildern und Konzepten zur Bewältigung der ökologischen und sozialen Herausforderungen zu? Schriften zur Didaktik der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Nr. 53. Universität Bielefeld.
- Weinreich-Haste, Helen, 1984: Politische, moralische und soziale Urteilsbildung. In: Arnim Regenbogen (Hrsg.): Moral und Politik. Soziales Bewußtsein als Lernprozeß. Köln: Pahl-Rugenstein, S. 77-96.
- Weiss, Wolfgang W., 1981: Überlegungen für ein theoretisches Modell politischer Sozialisation. In: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 22, Sonderheft 12, S. 37-55.
- Weissenro, Georg, 1994: Interpretative Unterrichtsforschung und handlungshermeneutische Fallarbeit als Elemente gemeinsamer Fortbildung west- und ostdeutscher Politiklehrer/innen. In: B. Claußen/B. Wellie (Hrsg.): Bewältigungen. Politik und Politische Bildung im vereinigten Deutschland. Hamburg.
- Witzani, Ludwig, 1980: Politische Urteilskraft. Beiträge zu einer Neuorientierung der politischen Bildungsarbeit. Köln: Diss.
- Zukunftsfähiges Deutschland 1996. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Hrsg. von BUND und Miserior. Basel: Birkhäuser.